

Für die Lauben-Gärtner.

Aus der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung.

Nachdem die Berliner Stadtverordnetenversammlung in ihrer letzten Sitzung eine Million Mark zur Erweiterung der Straßenbeleuchtung bewilligt hat, haben die Schöneberger Stadtverordneten gestern für denselben Zweck 50 000 Mark dem Magistrat zur Verfügung gestellt, weil auch im Westen Berlins die Unsicherheit auf den Straßen infolge der allzu schwachen Beleuchtung immer größer geworden ist.

Die Dienstzeit der unbefoldeten Stadträte Kah, Barzell, Basmannsdorff, Scherberner, Dr. Kassei und Eisenschür läuft am 31. März 1919 ab. Außerdem scheidet der befolgte Stadtrat Dr. Licht, der zum Direktor der Ostbank in Königsberg gewählt worden ist, demnächst aus. Oberbürgermeister Dominicus gab seinen großen Bedauern Ausdruck, daß dadurch eine empfindliche Lücke in der städtischen Verwaltung entstünde. Ein Ausschuß soll die Vornahme der Neuwahlen vorbereiten.

Der Magistrat empfahl der Versammlung ferner eine Neuordnung der Kriegsbeihilfen und Feuerungszulagen für die städtischen Arbeiter, Angestellten und Beamten. Den verheirateten Arbeitern soll danach für jeden Arbeitstag eine Kriegszulage von 3,50 Mark bewilligt werden, den unverheirateten 2,50 Mark. Außerdem werden für jedes Kind 30 Mark monatlich und bei der Geburt eines Kindes einmal 60 Mark Beihilfe gewährt. Die Feuerungszulage der Beamten, Lehrer und sonstigen Angestellten, belaufen sich nach den neuen Grundsätzen auf 60 bis 75 Mark monatlich für Ledige und 110 bis 120 Mark für Verheiratete. Die Versammlung war mit diesen Sähen einverstanden.

Die Ausschließung des Schöneberger Südgeländes bringt es, wie wir schon gestern abend berichteten, mit sich, daß ein Teil des an Laubengärtner verpachteten Geländes von diesen geräumt werden muß. Die Sozialdemokraten beantragten nun, daß für alle freien Gelände in Schöneberg der Magistrat als Generalpächter auftreten möge, damit Ungerechtigkeiten möglichst vermieden werden und die Leute eine bestimmte Gewähr dafür erhalten, daß sie nicht plötzlich die gepachtete Scholle verlassen müssen. Sofern Grundstücke zum Winter geräumt werden müssen, wurde vorgeschlagen, den Laubengärtnern andere Parzellen zu überweisen und ihnen die Hälfte der Umzugskosten zu ersetzen.

Dem Magistrat wurde erklärt, daß den Laubengärtnern das größte Entgegenkommen gewährt werden werde.

Eine Anfrage der liberalen Fraktion, welche Schritte der Magistrat in Sachen der Wohnungsreform getan habe, sowie ein sozialdemokratischer Antrag über die Lebensmittelversorgung wurden auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt.